

Maulkorb – NEIN DANKE!

Lehrereinstellungen: Am 10. Juli demonstrierten 3.000 Junglehrer in Stuttgart gegen die katastrophale Einstellungspolitik des Kultusministeriums.

Weitere Infos unter:
www.gew-bw.de/Proteste.html

Die Einstellungsrunde 2007 war ein Schlag ins Gesicht für die jungen Lehrer/innen. Entgegen den seit Jahren propagierten guten Einstellungschancen wurden wesentlich weniger junge Lehrer/innen in den Schuldienst eingestellt als erwartet. Schuld daran ist die Landesregierung, die durch kurzsichtige Sparbemühungen (521 „gesperrte“ Stellen) und eine Arbeitszeitverlängerung

für die Referendar/innen (kostete 349 Stellen) fast 1.000 Stellen aus dem Einstellungsvolumen gestrichen hat.

Die jungen Lehrer/innen waren zu Recht empört. 3.000 Lehrer/innen haben diese Empörung auf einer Kundgebung am 10. Juli hörbar formuliert. Sie ließen sich dabei nicht von durchsichtigen Einschüchterungsversuchen der Seminare und

des Kultusministeriums abhalten. Viele Seminarleitungen ermöglichten den Anwärter/innen und Referendar/innen durch organisatorische Maßnahmen die Teilnahme. Leider gab es auch Seminarleitungen, die vor jeglicher Beteiligung an Protestaktionen, einschl. Briefen an Landtagsabgeordnete, warnten. Dies könne Sanktionen von Seiten der Schul- und Kultusverwaltung nach

Erfolgreicher Kampf – Michael Cszakóczy darf endlich unterrichten!

Weitere Infos unter:
www.gew-bw.de/Berufsverbot.html

Das Berufsverbot gegen den Realschullehrer Michael Cszakóczy wurde Anfang September aufgehoben. Er wird an der Realschule Eberbach im kommenden Schuljahr unterrichten können.

Mehr als sechs Monate, nachdem der VGH Mannheim die Entscheidung des Kultusministeriums Baden-Württemberg verurteilt hatte, wird der Heidelberger Realschullehrer Michael Cszakóczy nun ab diesem Schuljahr tatsächlich unterrichten dürfen. Über mehr als drei Jahren hinweg wurde ihm aus politischen Gründen die Einstellung in den Schuldienst des Landes verweigert. Das Gericht trug in seiner Entscheidung vom Februar 2007 dem Kultusministerium (KM) auf, bei seiner Entscheidung das einwandfreie Verhalten während des Referendariats und sein persönliches Engagement für Kinder und Jugendliche stärker zu berücksichtigen.

Anfang August hatte auch das Verwaltungsgericht Darmstadt Cszakóczy bescheinigt, dass er zu Unrecht nicht in den Schuldienst des Landes Hessen übernommen wurde und entsprach damit weitgehend dem Mannheimer VGH-Urteil vom März. Das Darmstädter Gericht kritisierte u. a. die unzureichende Entscheidungsgrundlage und die fehlende Einzelfallprü-

fung durch das hessische KM, womit dessen Ablehnungsbescheid aufgehoben wurde. Bereits 1995 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die deutsche Berufsverbotspraxis als Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verurteilt.

„Man muss zu dem stehen, was man denkt und fühlt.“

„Ich kann es noch gar nicht glauben. Damit habe ich nicht mehr gerechnet“, war die erste Reaktion von Michael Cszakóczy als er wenige Tage vor Beginn des neuen Schuljahres die Mitteilung erhielt. Das Einstellungsgespräch, das im Juli stattgefunden hatte, vermittelte ihm bis dahin keine Sicherheit darüber, wie es für ihn weitergehen würde.

Über mehr als 14 Jahre hinweg wurde Cszakóczy vom Verfassungsschutz überwacht. Die „Sündenliste“, die dabei heraus kam, bot keinerlei Substanz gegen ihn vorzugehen. Für die damalige Entscheidung des KM Baden-Württemberg ihn nicht einzustellen, war allein die Tatsache ausschlaggebend, dass er nicht bereit war sich pauschal von der AIHD – der Antifaschistischen Initiative Heidelberg – zu distanzieren. Auch seine schriftliche Stellungnahme,



Foto: Manuela Hertweck

Michael Cszakóczy freut sich über den Erfolg und die große Unterstützung, die er von vielen Menschen erfahren hat (hier am 26. März 2006 in Karlsruhe bei einer Solidaritätskundgebung gegen sein Berufsverbot).

in der er versichert „Gewalt gegen Menschen und Sachen“ abzulehnen, konnte an der Entscheidung nichts ändern. Immer wieder versuchte Cszakóczy differenziert seine Einstellung darzulegen und zu begründen. Scheinbar ohne Erfolg. Um so größer ist daher jetzt seine Erleichterung: „Es zeigt, dass man zu dem stehen muss, was man denkt und fühlt.“

Auch die GEW freut sich, dass der Einsatz vieler engagierter Kolleg/innen gegen das Berufsverbot jetzt erfolgreich war. Wir danken Michael Cszakóczy für sein Durchhaltevermögen und wünschen ihm einen guten Start in den Schulalltag!

Hildegard Klenk

sich ziehen. Diese Unterstellung wies die GEW gegenüber den Seminarleitungen mit dem Hinweis auf das selbstverständlich auch von der Schulverwaltung zu beachtende Recht auf freie Meinungsäußerung zurück.

Das Kultusministerium schickte noch am Morgen der Kundgebung eine E-Mail an die Seminare, in der es hieß: „... für den heutigen Nachmittag wurde zu einer landesweiten Demonstration auf dem Stuttgarter Schlossplatz gegen die Einstellungspolitik der Landesregierung aufgerufen. Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass Lehramtsanwärterinnen und -anwärter bzw. Referendarinnen und Referendare nicht von ihren Dienstpflichten freigestellt werden können, um an dieser Demonstration teilnehmen zu können.“

Der GEW-Vorsitzende Rainer Dahlem hat in einem Brief gegen diesen Einschüchterungsversuch protestiert: „Sehr geehrter Herr Rau, ich muss offen gestehen, dass ich diese Reaktion nicht nur für unangemessen, sondern für skandalös halte. ... Ich möchte Sie deshalb mit Nachdruck auffordern, in einer Mitteilung an alle Ausbildungsseminare klarzustellen, dass es das selbstverständliche Recht von Anwärter/innen ist, an Protestaktionen teilzunehmen und dass sie dadurch kei-



3.000 junge, gut ausgebildete Lehrer/innen kämpfen vor der Sommerpause in Stuttgart für ihre Einstellung in den Schuldienst.

nerlei Nachteile bei der Einstellung haben. Die Schulen in Baden-Württemberg brauchen keine Duckmäuser als Lehrerinnen und Lehrer, sondern selbstbewusste und aufrechte Demokraten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Klarstellung zuschicken könnten, damit wir sie in unserer Mitgliederzeitschrift veröffentlichen können.“

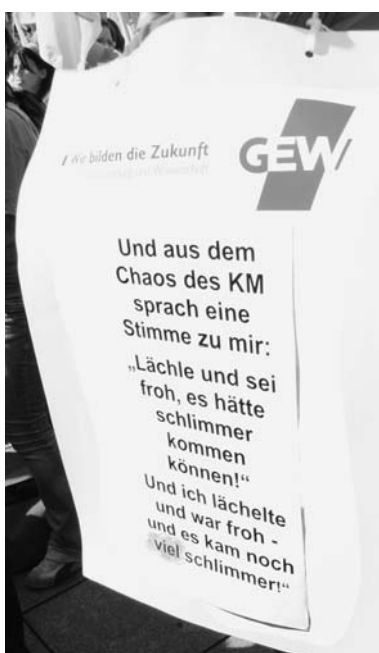
Pech gehabt?!

Die Verunsicherung unter den jungen Lehrer/innen war groß. Melanie Steinmetz hat sich nicht von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung abbringen lassen. Die Lehreranwärterin hat den Vorbereitungsdienst mit 1,0 abgeschlossen – und trotzdem kein Stellenangebot bekommen. Ihr ging es so wie ca. 85 Prozent der Bewerber/innen im GHS-Bereich, die 2007 nicht eingestellt werden konnten. Das Motto ihrer Rede bei der Kundgebung der GEW: Pech gehabt! Sie machte deutlich, dass sie das Opfer einer kurzsichtigen Politik ist. Noch 2003 wurde ihr bestätigt, dass die Einstellungschancen in den kommenden Jahren gut seien.

Die Interessen der jungen Lehrer/innen hat der GEW-Vorsitzende Rainer Dahlem in einem Brief an Ministerpräsident Günther Oet-

tinger vertreten: „Die Enttäuschung und Empörung der jungen Lehrerinnen und Lehrer, die teilweise hervorragende Abschlüsse vorzuweisen haben und leistungsbereit und motiviert sind, ist riesengroß. ... Hauptursache für diese Situation ist die Tatsache, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg ihre in der Koalitionsvereinbarung vom 10. Mai 2006 gemachte Zusage, alle frei werdenden Lehrerstellen wieder zu besetzen bzw. im Schulsystem zu erhalten, nicht eingehalten worden ist. ... Hinzu kommt, dass aufgrund der unterschiedlichen Schülerzahlenentwicklung vom Grund- und Hauptschulbereich mehr Stellen umgeschichtet wurden als rechnerisch durch rückläufige Schülerzahlen frei wurden. Deshalb möchte ich Sie dringend auffordern, Ihre Einstellungspolitik zu korrigieren und dafür zu sorgen, dass weitere Bewerber/innen eine Einstellungsperspektive zum September 2007 erhalten.“

Michael Hirn PS: Glück gehabt: Melanie Steinmetz wurde bei der Stellenausschreibung im Juli an einer Grund- und Hauptschule ihres Wohnortes eingestellt. Wir gratulieren!



Zeitlose Volksweisheit? Plakat auf der Demo am 10. Juli in Stuttgart.